

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)
Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 12 Mk., durch Boten bezogen monatlich 13,20 Mk., bei Postzeitung monatlich 15,00 Mk. frei Haus. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 60 Hg. Postkontonummer Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Söbnerstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Verlagsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der kaspelante Willeit, Sonntag 10 Hg. 4 Mk. Die laufende Monatszahlung wird vom Besteller auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 6,00 Mk. in Zahlung genommen. Hefebühne 75 Hg. Worte besonders. Anzeigen für die Sonntagsblätter 11 Hg. Belegnummer Nr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)

Herausgeber Ludwig Vals.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 73

Montag, den 27. März 1922

162. Jahrgang

Tageschronik

Bestere Stimmen für die Aufhebung der Reparationsnote.
Die Reichstagskonferenz beschließt die Entschädigung der Weichselfrage vor.
Der Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen dürfte eine neue Schädigung Deutschlands zur Folge haben.
Die Entente fordert von Danzig die Wiederherstellung der Befugnisse.
Abbruch der Orientkonferenz und deren Ergebnisse.

Vor der schwerwiegenden Entscheidung

Die deutsch-nationale Auffassung der politischen Lage.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, läßt sich die Auffassung der deutsch-nationalen Volkspartei etwa folgendermaßen zusammenfassen: Man betrachtet die ursprüngliche Haltung der Regierung als ein Mandat zur Vorbereitung derselben Politik, die man früher schon bei ähnlichen Forderungen der Entente angewandt hat, jedoch besteht gegenüber früheren Situationen insofern ein Unterschied, als die Regierung heute vor der öffentlichen Öffentlichkeit steht, die Forderungen zu erfüllen. Die neuerdings gemachte Unterscheidung zwischen erfüllbaren und unerfüllbaren Forderungen ist ein Versuch zur Abgrenzung der deutschen und ausländischen öffentlichen Meinung, wie sich aus dem Bedürfnis ergibt, die im Verlauf der Erfüllungspolitik möglichst und antwortlos zum Ausdruck gebracht werden sollen. Alle diese Ansprüche werden notwendig erfüllt werden müssen, da sich die Forderungen der Note der Reparationskommission auf die amtlichen Mitteilungen und Aussagen der deutschen Regierung und der hinter ihnen stehenden politischen Parteien stützen. Nach Auffassung deutsch-nationaler Kreise ist Deutschland über die nächsten Jahre zahlungsunfähig. Selbst bei Aufhebung aller Reparationsnoten steht die Wirtschaft vor einer schweren Krise. Ein Rücktritt der Regierung und Ausweisung von Versailles würde den Beweis erbringen, daß infolge der Wirtschaftskrisis, die dem Ausland verborgen bleibt, die Stimmung der Bevölkerung nicht durch die Regierung vertreten wird, und daß, wenn man auch die Politik vorantreiben darf, unterirdische Bestrebungen, die sich aus dem Beinh ihres Kräfte ergeben, zu erfüllen, diese so lange nicht eingeleitet werden dürfen, wie sie die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes außer Acht lassen. Die Grenze des Forderungsrechtes der Entente ist das Existenzrecht des deutschen Volkes.

Auch die Demokraten

lehnen die neuen Forderungen ab.

Berlin, 27. März. Der Aufruf der hier statutenlosen Werkschöpfung am Sonntag u. a. Staatssekretäre a. D. Derbun u. a. über die Note der Reparationskommission sprach sich Zerning dahin aus, daß alles geschehen müsse, um die Entente von der Unterzeichnung ihrer Forderungen zu überzeugen. (Einer wieder durch die Erfüllung bis zur Grenze des Möglichen? D. Red.). Der durch die Note geforderten Kontrolle fehle jede rechtliche Grundlage. Das die Note ein Memorandum sei, davon könne keine Rede sein. Es wurde folgende Entschlüsselung einstimmig angenommen:

„Die deutschen Demokraten lehnen energig Protest gegen den neuesten Versuch der Gegner Deutschlands, das wehrlose deutsche Volk durch unerfüllbare Forderungen zur Verarmung und Elend zu bringen. Sie erwarten von ihrer parlamentarischen Vertretung und von der Reichsregierung die unbedingte Ablehnung der Weiber in dem Verfallenen Friedensvertrag noch in dem Bestehen der gegenwärtigen Regierung begründeten brutalen Bedingungen der neuesten Note der ehemaligen Feinde.“

Der Protest des Danzabundes.

Zur Note der Reparationskommission sagte der Vorstand des Danzabundes eine Entschlüsselung, wonach er erwartet, daß der Reichstag sich den unerhörten Forderungen der Note nicht unterwerfen wird, da die Forderungen für die deutsche Wirtschaft und darüber hinaus für die Weltwirtschaft unerträglich sind.

Ein Notenwechsel Lloyd George=Clemenceau.

Der Weg zur Hölle . . .

Lloyd George über die Friedensbedingungen.

Die englische Regierung hat gestern in der Form eines Weisbundes das Memorandum bezüglich der Friedensbedingungen dem Delegierten übergeben. Dieses Dokument trägt den Titel: „Einige Bedingungen für die Mitglieder der Friedenskonferenz, die sie einmütlich die Bedingungen festlegen“ Lloyd George schreibt u. a. wörtlich:

„Unsere Bedingungen können streng, sogar unerträglich sein, aber dann müssen sie so gerecht sein, daß das Land, dem wir sie auferlegen, selbst fühlen wird, daß es nicht das Recht hat, sich zu beklagen. Die Forderung der Reparationen müsse wünschenswert sein, die Forderungen der Kriegsgeneration beendet sein. Die deutsche Regierung müsse dem Unterzeichnen des Friedensvertrages das Bewußtsein haben, daß sie die übernommenen Verpflichtungen erfüllen kann.“ Sowald Deutschland die Friedensbedingungen angenommen habe, müßten ihm die Bestimmungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung geöffnet werden, und sein wirtschaftliches Wiederaufleben müßte mit allen möglichen Mitteln erleichtert werden.

Die größte Gefahr, die der Entente drohen könnte, sei die, daß sich Deutschland mit den Bolschewiken verbündet, die davon träumen, die Welt zu erobern. In diesem Falle würde ganz Europa in den Strudel gezogen werden, und in kurzer Zeit werden wir eine Armee von 30 Millionen Mann unter Führung bolschewistischer Generale sehen, die bereit ist, uns anzugreifen. Sicherlich, jegliche der englische Premierminister, warum Deutschland, wenn es die Friedensbedingungen annimmt, nicht auch in den Westbund aufgenommen werden soll. Denn das würde zweifellos Deutschland ermöglichen, den Vertrag aufrecht anzunehmen und den Bolschewiken Widerstand zu leisten.“

Die Antwort Clemenceaus.

Diese Veröffentlichung kommt Frankreich sehr unangenehm sehr unangenehm und schon besitzt sich Frankreich, die auf

die Deutschland drei Tage später erstellte Antwort Clemenceaus in „Les National“ mitzuteilen.

Wenn, sagt Clemenceau, Deutschland gemäßigtere Bedingungen gestellt werden sollen, so wäre dies entweder nur zulässig, wenn der Krieg für Deutschland lediglich ein eurochischer gewesen wäre. Das aber ist nicht der Fall. Im Deutschland zu beruhigen (man muß schon Wert darauf legen), müßte man ihm Zugeständnisse insofern und materieller Art und Zugeständnisse auf dem Gebiet der Entschädigung des Kriegsgewinns unterbreiten. Die Note vom 25. März aber fordert nur von territorialen Zugeständnissen in Europa. Wenn Lloyd George die Befriedigung ausspricht, daß nur dem Bolschewismus in die Hände gespielt werde, wenn Deutschland zu harten Bedingungen überzogen werden, so müßte man im Gegenteil weit mehr befürchten, daß die von England vorgeschlagene Methode gerade dieses nicht erwünschte Ergebnis haben würde. Clemenceau weist darauf hin, daß die Helfer der neuen mittel-europäischen Staaten fruchtlos Nationalgefühl des Bolschewismus nicht widerstanden hätten. Man dürfe also nicht zum Opfer darbringen, indem man ihnen

unannehmbarere Grenzen gegenüber Deutschland

aufbringe. Die Note Clemenceaus geht abwärts auf dem Gebiet der Entschädigung, der zu feststehende Frieden müßte Deutschland als gerecht empfunden und erfüllt, anzunehmen der deutsche Mentalität sei es nicht sicher, daß die Deutschen den Gehirne der Gerechtigkeit so aufpassen wie die Alliierten. Die Alliierten, die zusammen gekämpft hätten, müßten den Krieg daher mit einem für alle gleichmäßigen Frieden beenden. Es würde unangenehm sein, die Helfer der Deutschen aufzulagenden Reparationen denjenigen Alliierten Ländern aufzubürden, die am schwersten die Note des Krieges getragen hätten. Diese Länder könnten nicht auch noch die Kosten des Friedens auf sich nehmen. Es ist wesentlich, daß sie die Lieberzeugung hätten, daß der Frieden „gerecht“ sei.

Deutschlands Sklavenhalter.

Deutsche Stimmen zur Entschädigungsfrage.

Stockholm, 27. März. „Stockholms Dagblad“ nennt die Note der Reparationskommission eine Drohung, die an Verantwält alle früheren Abertreffe und ungewöhnliche Beweise, daß die Kommission sich als Sklavenhalter gegen über dem deutschen Volke fühle. Es sei möglich, daß Deutschland alle künftigen Verwaltungsapparate seine finanzielle Lage mehr und mehr verschlechtere, und daß dadurch der Rand der Eliger zusammenbräche, aber ein Rand, das fürzlich die Entschädigungen einer Revolution durchgemacht habe, brauche natürlich eine längere Uebergangszeit, um sein Gleichgewicht zurückzugewinnen. Dank der außerordentlichen Eigenschaften des deutschen Volkes würde diese Uebergangszeit sehr verhältnismäßig kurz bleiben, wenn nicht der Sklavenhalter von Versailles ein breites Hindernis für den Wiederaufbau bildete. Die Eliger verurteilen zunächst den Alliierten zu unannehmlichen Strafen und behandeln ihn darauf so brutal, daß er nicht Kräfte genug habe, um die Straffsumme abzurufen.

Basel, 27. März. Die schweizerische Öffentlichkeit verhält sich den Berliner Meinungen gegenüber, die von einer Ablehnung der Forderungen der Reparationskommission sprechen, ziemlich festlich und ist der Meinung, daß Deutschland auch diesmal glücklicherweise nachgeben werde. Sie ist jedoch mit Deutschland darüber einig, daß diese Forderungen geringe Aussicht auf Durchföhrung haben.

Newport, 27. März. Das „Journal of Commerce“ enthält einen scharfen Brief gegen die von der Reparationskommission erhobenen Forderungen, welche als unannehmbar bezeichnet werden.

Die „internationale Solidarität“.

Ein neuer Impuls für die deutschen Sozialisten.

Leips, 27. März. Auf einer Parteilage der radikalen Partei hielt der Abgeordnete Perrot ein Programmrede. Die Partei vertrete die Aufrechterhaltung der gewerkschaftlichen Forderungen und den Zusammenschluß der Arbeiter, einen einmütigen Widerstand auf der Grundlage der demokratischen Nation. Die Partei verlange von Deutschland die kritische Berücksichtigung seiner Verpflichtungen. Unter diesen Umständen würde der Untergang Deutschlands in den Völkern kein Hindernis entgegenstehen. Auch Russland könnte daher aufgenommen werden.

Die Weichselfrage noch nicht entschieden.

Zunächst keine Ausföhrung der Entscheidung durch die Grenzkommission.

Berlin, 27. März. Die Weichselfrage der Reparationskommission ist die Ausföhrung des Beschlusses der Grenzkommission in der Weichselfrage vorläufig ausgesetzt und zunächst die Grenzkommission um Mitteilung der Gründe zu ersuchen, die zu ihrem Beschlusse geführt hätten. Nachdem wird sie wissen, ob die deutsche Regierung angehört werden soll.

Der Reichstag der Ost- und Westpreußen, der Bund heimatischer Litauer und der Bund heimatischer Polierpreußen veranlaßten gestern mittag im Litauer eine eine von vielen Tausenden besuchte Versammlung, die gegen den neuen Schritt zur Abminderung und Kolonisierung Litauens und gegen den Raub von fünf deutschen Familien auf dem rechten Weichselufer im westpreussischen Gebiet stammender Protest erhoben wurde.

Polen im Vordertreffen.

Zum Abbruch der oberirdischen Verhandlungen.

Berlin, 27. März. Der Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen hat nicht nur in der Regierung, sondern auch bei den polnischen Parteien Befürchtungen hervorgerufen. Man vertritt, wie von angesehener Seite bekannt, sowohl in der Regierung wie in den Parteien die Auffassung, daß nun die Entscheidung des Obersten Rates zugunsten der Polen zu erwarten sei, namentlich in der Einzelfragenfrage. Das ist allerdings mehr denn wahrheitsgemäß. Alle Verhandlungen sind nur maßvolle Vorgehensweisen Deutschlands.

Die fixe Idee.

Die Entente fordert von Danzig die Wiederherstellung der Befugnisse.

Danzig, 27. März. Die Entente verlangt von dem freien Stadt Danzig die Wiederherstellung der Befugnisse in Höhe von 227 775 Pfund und 4 002 709 Pfund gleich 440 Millionen Reichsmark. Die polnische Regierung als Vertreter der auswärtigen Angelegenheiten Danzigs wendet sich an den Reichstag und bittet um Erhaltung dieser Befugnisse, die für Danzig eine glatte Hauptstütze bedeutet. Die einjährige Befugnis Danzigs durch England und Frankreich war von Danzig nicht genehmigt worden und war auch völlig überflüssig. Die unerhörte Forderung beweist die völlige Berufsmäßigkeit der Danziger Behörden.

